

Vertrauen in Demokratie und Wohlfahrtsstaat

Sandra Fischer

1 Einleitung

Die heute allgegenwärtige Rede von der Krise der Demokratie ist nicht neu, entsprechende Diagnosen lassen sich bis in die 1970er Jahre zurückverfolgen. Mit der Finanz- und Eurokrise 2008/09, der *Migrationskrise* 2015/16, dem Brexit und der Wahl Donald Trumps 2016, der Coronapandemie 2020/21, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine seit 2022 und dem durch den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ausgelösten Krieg im Nahen Osten, haben sich die Krisentendenzen seit Mitte der 2000er Jahre nochmals verschärft; am sichtbarsten spiegeln sie sich im Aufstieg populistischer Parteien, in Deutschland vor allem der zugleich rechtsextremen *Alternative für Deutschland* (AfD), die seit ihrer Gründung 2013 den Sprung in alle 16 Landesparlamente und den Deutschen Bundestag geschafft hat, und des (nicht extremistischen) *Bündnis Sahra Wagenknecht* (BSW), das sich im Januar 2024 konstituierte und aus dem Stand bei den Kommunalwahlen in Thüringen Ende Mai 2024 zwischen 7,6 und 12,4 Prozent sowie bei der Europawahl Anfang Juni 2024 6,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.

Die nachlassende Integrationskraft des Parteiensystems deutet daraufhin, dass die beiden Quellen der demokratischen Legitimation – die Zustimmung zu den politischen Institutionen, Akteuren und Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen (Inputseite) einerseits und zur Leistungs- und Regierungsfähigkeit des politischen Systems (Outputseite) andererseits – zunehmend versiegen. Auf der Inputseite¹ begegnen die Bürger:innen der Politik mit wachsendem Misstrauen. Auf der Outputseite haben sich die Verteilungsspielräume seit Mitte der 1970er Jahre und nochmals beschleunigt seit den 1990er Jahren verengt, sodass Konflikte immer seltener nach der Logik eines Positivsummenspiels zu befrieden sind: Solange die Reallöhne stiegen und der Sozialstaat ausgebaut wurde, konnten alle Gruppen vom Aufschwung profitieren. Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und von

1 Die Inputseite bezieht sich auf die politischen Institutionen, Akteure und den Prozess der politischen Willensbildung, die Outputseite auf die Ergebnisse und Leistungen eines politischen Systems.

der Dienstleistungs- zur heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft war und ist dagegen durch eine wachsende Zahl von Verlierer:innen gekennzeichnet (Raphael 2019). Dass ein Teil der Bürger:innen einerseits wirtschaftliche Verluste erfährt oder befürchten muss, gilt als eine der Ursachen der Repräsentations- und Vertrauenskrise. Andererseits fühlen sich einige auch in kultureller Hinsicht auf der Verlierer:innenseite, weil sie den Tendenzen der Singularisierung² und multikulturellen Vielfalt, die die heutige Gesellschaft kennzeichnet, nicht nur Positives abgewinnen können (Reckwitz 2018).

In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, wie es um das Vertrauen in Demokratie und Wohlfahrtsstaat in Deutschland bestellt ist. Hierzu werden ausgewählte Ergebnisse einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragten Umfrage vorgestellt, die die Universität Bonn im Sommer 2022 in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap durchgeführt hat (Best et al. 2023). Nach einem komprimierten Überblick über die politikwissenschaftliche Vertrauensforschung wird kurz auf die Methodik der Studie eingegangen. Darauf folgen die empirischen Befunde zu Vertrauen und Demokratiezufriedenheit, bevor Einschätzungen und (Reform-)Präferenzen der Befragten auf den Feldern der Demokratie-, Wirtschafts- und Sozial- sowie Gesellschaftspolitik präsentiert werden. Die Schlussbetrachtung fasst wesentliche Ergebnisse zusammen und stellt auf dieser Grundlage Überlegungen an, wie wieder mehr Vertrauen in die Politik hergestellt und der gesellschaftliche Zusammenhalt befördert werden könnte.

2 Vertrauen in der Politikwissenschaft³

In der Politikwissenschaft wird in der Regel zwischen partikularem sozialen Vertrauen, generalisiertem sozialen Vertrauen und politischem Vertrauen unterschieden. Partikulares soziales Vertrauen meint Vertrauen in die Familie, Freunde, die Nachbarschaft – also Menschen, die uns persönlich bekannt sind und Menschen, die so sind wie wir. Generalisiertes soziales Vertrauen bezieht sich auf Menschen, denen wir zum ersten Mal begegnen, Menschen anderer Nationalität oder anderer Religion (Newton/Zmerli 2011: 171). Unter politischem Vertrauen wird Vertrauen in bestimmte Politiker:innen und in Institutionen wie die Regierung, das Parlament,

2 *Singularisierung* beschreibt nach dem Soziologen Andreas Reckwitz (2018: 11) einen über die Individualisierung hinausgehenden Strukturwandel in der Spätmoderne, der darin bestehe, dass die soziale Logik des Besonderen, des Einzigartigen, »also das, was als nichtaustauschbar und nichtvergleichbar erscheint«, die soziale Logik des Allgemeinen immer mehr verdränge. Dieser Wandel betreffe mit der Ökonomie, der Arbeitswelt, der Kultur, der Lebensstile und der Politik alle relevanten Bereiche der Gesellschaft.

3 Das Kapitel stellt eine komprimierte und erweiterte Fassung des zweiten Kapitels in Decker et al. (2019) dar.

die Parteien, die Polizei, das Justizwesen oder die Verwaltung verstanden (Carstens 2023: 298f.), weswegen man auch von Institutionenvertrauen spricht. Streng genommen handelt es sich bei diesem Konzept nicht um ein Vertrauen in Institutionen, sondern weiterhin um ein Vertrauen in andere Personen. Diese haben aber innerhalb der Institutionen ein Amt inne, das durch die Regeln der jeweiligen Institution definiert ist. Die Quellen des Vertrauens liegen also weniger in den Personen selbst, sondern in den Werten und Normen der Institutionen, die das Verhalten der Akteur:innen steuern (Warren 2018: 88).

Soziales und politisches Vertrauen gelten als Konzepte, die aufgrund ihrer Mehrdimensionalität schwer einzugrenzen und messbar sind. In den letzten Jahren hat sich jedoch ein gewisser Konsens herausgebildet, wonach Vertrauen ein Zusammenspiel aus drei Elementen ist: »A vertraut B, X zu tun« (Hardin 1993: 506). Daraus ergibt sich erstens, dass Vertrauen relational ist (Carstens 2023: 299). Beim sozialen Vertrauen geht es dabei um ein horizontales Beziehungsverhältnis zwischen Individuen, beim politischen Vertrauen um ein vertikales zwischen Individuen und politischen Institutionen (Schnaudt 2013: 299). Hier kann zum einen zwischen parteilichen und unparteilichen Institutionen unterschieden werden, wobei das Vertrauen in letztere regelmäßig höher ist als in erstere. Dies liegt in der Natur der Sache: Die parteilichen Institutionen handeln im Sinne ihrer Wähler:innen, wohingegen von Polizei und Gerichten erwartet wird, dass sie neutral und fair im Interesse aller Bürger:innen handeln (Warren 2018: 77f.). Zum anderen spielt eine Rolle, auf welcher Ebene eines politischen Systems die Objekte politischen Vertrauens angesiedelt sind. Studien zeigen, dass Institutionen und Akteure auf der lokalen Ebene oftmals das höchste Vertrauen entgegengebracht wird (Carstens 2023: 299; Zmerli 2020: 252).

Zweitens ist Vertrauen kontext- und situationsbezogen (Carstens 2023: 299f.). So gibt es beispielsweise beim sozialen Vertrauen kulturell bedingte Unterschiede in der Breite oder Enge des Vertrauensradius (Zmerli 2013: 136). Beim politischen Vertrauen wird die Kontext- und Situationsbezogenheit insbesondere in Krisenzeiten deutlich: So ließen sich zu Anfang der Coronapandemie Anstiege des politischen Vertrauens in die Bundesregierung oder zu Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine in die Europäische Union verzeichnen, die aber mit der Zeit wieder abklangen. Dieses Phänomen wird in der Literatur als *rally-around-the-flag*-Effekt beziehungsweise als *die Stunde der Exekutiven* bezeichnet (Bytzek/Schnepf 2022; Kizilova/Norris 2024).

Eng mit der Kontext- und Situationsbezogenheit verknüpft sind drittens Fragen der Unsicherheit und der damit einhergehenden Vulnerabilität. Diese erwachsen daraus, dass in den komplexen Gesellschaften der Moderne das Individuum permanent genötigt ist, in der Gegenwart Entscheidungen zu treffen, die das Handeln fremder Personen in der Zukunft nach sich ziehen können. So entsteht ein Bedarf an Vertrauen beziehungsweise an einem Vertrauensvorschuss, um die Ungewissheit

über das zukünftige Verhalten von Personen und politischen Akteuren zu minimieren (Carstens 2023: 300).⁴ In diesem Sinne ist Vertrauen die Überzeugung, dass diejenigen, denen man Vertrauen schenkt, einem willentlich oder wissentlich keinen Schaden zufügen werden und im besten Falle im Interesse der vertrauensgebenden Person handeln werden (Delhey/Newton 2005: 311).

Mit Blick auf die Zusammenhänge zwischen den drei Vertrauensformen herrschte lange Zeit die Ansicht vor, dass Menschen entweder in allen Bereichen ein hohes Maß an Vertrauen oder in allen Bereichen kein beziehungsweise ein geringes Maß an Vertrauen aufweisen (Kompatibilitätsmodell) (Newton/Zmerli 2011: 173f.). Andere Studien kamen hingegen zu dem Ergebnis, partikulares und generalisiertes soziales Vertrauen schlossen einander aus; beide Formen des sozialen Vertrauens stünden zum politischen Vertrauen entweder in Widerspruch oder es gebe keine Beziehung zwischen ihnen (Inkompatibilitätsmodell) (Newton/Zmerli 2011: 174f.). Mittlerweile hat sich das sogenannte konditionale Modell durchgesetzt (Newton/Zmerli 2011: 174f.), das von einer »hierarchische[n] Strukturierung« (Zmerli 2013: 137) des Vertrauens ausgeht. Demnach weisen Personen, die ein hohes Maß an generalisiertem sozialen Vertrauen besitzen, auch ein hohes Maß an partikularem sozialen Vertrauen auf. Das Gegenteil ist jedoch nicht automatisch der Fall. Menschen mit einem hohen Maß an politischem Vertrauen wiederum haben fast alle auch ein hohes Maß an sozialem Vertrauen – auch hier ist das Gegenteil nicht zwangsläufig der Fall. Eine Person kann demnach je nach Art des Vertrauens – partikular, generell oder politisch – ein unterschiedlich hohes Maß an Vertrauen aufweisen: Beinahe alle Menschen vertrauen der eigenen Familie oder Freund:innen. Je entfernter beziehungsweise abstrakter aber das Objekt des Vertrauens ist, desto niedriger liegt der Anteil derjenigen, die diesem Objekt (etwa Menschen, denen wir zum ersten Mal begegnen, politischen Akteuren) ihr Vertrauen schenken (Newton/Zmerli 2011).

Beschäftigt man sich politikwissenschaftlich mit Vertrauen, kommt man an der Theorie des Sozialkapitals und dem Konzept der politischen Unterstützung nicht vorbei. Laut Robert Putnam (1993) ist der durch Vertrauen bewirkte soziale und kulturelle Zusammenhalt der Bürger:innen in einer Zivilgesellschaft, der sich an ihrem Engagement in freiwilligen Organisationen oder Netzwerken festmacht, der maßgebliche Faktor für die Qualität und Stabilität einer Demokratie. Das Sozialkapital ist definiert als Produkt informeller Nachbarschaftsbeziehungen und solidarischer Netzwerke in einer Gemeinde, das nicht nur Einzelnen zum Vorteil gereicht, sondern zugleich der Verbesserung der Lebensbedingungen der gesamten Gemeinschaft und damit der allgemeinen Wohlfahrt dient. Der Grund dafür ist, dass die

4 Der Soziologe Niklas Luhmann (1968: 30f.) spricht in diesem Zusammenhang von Vertrauen als einem Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität.

Netzwerke zur Entstehung von Normen einer verallgemeinerbaren Reziprozität beziehungsweise Gegenseitigkeit beitragen, die wiederum Voraussetzung dafür sind, dass Menschen kooperieren. Man tut etwas für die anderen, auch wenn man dafür keine unmittelbare Gegenleistung erhält, weil man weiß, dass die anderen dieses Verhalten irgendwann erwidern werden. Vertrauen wird damit zum *Gleitmittel* des gesellschaftlichen Lebens (Decker et al. 2019: 8f.).

Das Konzept der politischen Unterstützung geht auf David Easton (1975) zurück und wurde von Pippa Norris (2017) weiterentwickelt. Für Norris bildet sich politische Unterstützung auf einem fünfstufigen Kontinuum ab, das von der Identifikation mit der nationalen Gemeinschaft, über Unterstützung der Demokratie als Idee, Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und Institutionenvertrauen bis hin zu Vertrauen in die aktuelle Regierung beziehungsweise Vertrauen in einzelne Politiker:innen reicht. Die abstrakteste Dimension misst das Gefühl der Verbundenheit zu einer Nation. Gemessen wird hier neben Gefühlen wie Nationalstolz oder nationale Identität auch die Einstellung der Befragten gegenüber intergouvernementalen oder supranationalen Organisationen oder kosmopolitische Einstellungen, die – so die Annahme – im Zuge der Globalisierung zunehmen und generell als Gegenpol zu nationalistischen Einstellungen begriffen werden (Norris 2017: 24f.).

Eine zweite Dimension eher diffuser Systemunterstützung ist die Zustimmung zu den grundlegenden Werten und Prinzipien, auf denen ein politisches System gründet. Eine typische Frage zur Messung dieser Dimension ist, ob die Demokratie die beste Staatsform sei. Ein etwas anderes Messinstrument wird im Rahmen des World Values Survey genutzt. Hier werden hintereinander vier Regierungsmodelle abgefragt. Die Befragten sollen für eine Expertenregierung, eine Militärjunta, einen autoritären Führer und die Demokratie jeweils angeben, ob sie dieses Regierungsmodell für ihr Land für sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht geeignet halten (Norris 2017: 25f.).

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie fällt in die Mitte zwischen diffuser und spezifischer politischer Unterstützung (Norris 2017: 27). Die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie misst nicht die Zustimmung zur Idee der Demokratie, denn jemand kann hundertprozentig vom Ideal der Demokratie überzeugt sein, aber das Funktionieren der Demokratie trotzdem schlecht bewerten. Stattdessen wird die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gemeinhin als Evaluation der Demokratie in der Praxis, das heißt der Performanz des politischen Systems verstanden (Linde/Ekman 2003: 396). Die Verwendung dieses Items wird zuweilen kritisiert, lässt die Frageformulierung den Befragten doch Interpretationsspielraum: Sie können mit dem Begriff *Demokratie* ganz unterschiedliche Vorstellungen assoziieren (Canache/Mondak/Seligson 2001). Allerdings ist bisher noch kein besseres Messinstrument vorgeschlagen worden, das diese *klassische* Frage der Umfrageforschung ersetzen könnte. Spezifische Unterstützung schließlich wird mit dem Vertrauen

in einzelne (politische) Institutionen und konkrete Politiker:innen und andere Amtsinhaber:innen abgefragt (Norris 2017: 28ff.).

In der Politikwissenschaft bisher eher vernachlässigt, ist mit dem *World Values Survey 2005/2007* ein Messinstrumentarium eingeführt worden, das partikulares soziales Vertrauen erhebt, indem nach Vertrauen in spezifische Gruppen gefragt wird, wie die Familie, Freund:innen und Bekannte, Nachbar:innen, Menschen anderer Religion und anderer Nationalität sowie Menschen, die man das erste Mal trifft (Zmerli 2020: 256). Ähnlich wird generalisiertes soziales Vertrauen zumeist mit der Frage gemessen, ob jemand den *meisten Menschen* vertraut. Vor dem unkritischen Einsatz dieses Items wird aber gewarnt, da – wie bei der Demokratiezufriedenheit – die Formulierung *meiste Menschen* den Befragten einen Interpretationsfreiraum lässt. Auch kulturell bedingt denken hier nicht alle an denselben Personenkreis (Delhey/Newton/Welzel 2011).

Blendet man zu den Ursprüngen und Determinanten sozialen und politischen Vertrauens über, lassen sich in der Literatur vier Forschungsrichtungen ausmachen, die analytisch voneinander zu trennen sind, sich aber gegenseitig nicht ausschließen und Überschneidungen aufweisen: auf der Mikro- beziehungsweise individuellen Ebene angesiedelte performanzbasierte (I) und kulturalistische (II) Erklärungsansätze sowie auf der Makro- beziehungsweise gesamtgesellschaftlichen Ebene liegende performanzbasierte (III) und kulturalistische Erklärungsansätze (IV) (Carstens 2023: 301; Zmerli 2020: 261).

(I) Performanzbasierte Ansätze auf der individuellen Ebene gehen davon aus, dass Vertrauen auf Erfahrungen basiert, die ein Mensch im Laufe des Lebens macht. So besagt etwa die *Gewinner:innenhypothese*, dass Menschen mit höherer Bildung, höherem Einkommen und höherer sozialer Schichtestufung – die *Gewinner:innen* in einer Gesellschaft – ein höheres Maß an sozialem Vertrauen aufweisen (Decker et al. 2019: 9). Studien zum politischen Vertrauen kommen zu dem Ergebnis, dass negative individuelle Bewertungen etwa der sozialstaatlichen Leistungsfähigkeit oder negative Erfahrungen mit der Wohlfahrtsbürokratie niedrigere Vertrauenswerte gegenüber den staatlichen Einrichtungen nach sich ziehen (Carstens 2023: 302; Decker et al. 2019: 19f.; Zmerli 2020: 262).

(II) Kulturalistische Ansätze auf der individuellen Ebene betonen dagegen, dass Vertrauen eine Veranlagung oder ein Persönlichkeitsmerkmal sei, so dass Menschen Vertrauen von Geburt an besitzen oder in frühester Kindheit entwickeln; das Maß an Vertrauen lässt sich demnach nicht oder kaum durch Erfahrungen ändern. So sei soziales Vertrauen eine Charaktereigenschaft, die mit anderen Persönlichkeitszügen wie Optimismus einhergehe. Da Optimist:innen nicht nur im hier und jetzt optimistisch seien, sondern auch mit Blick auf die Zukunft, gilt als eine Hauptursache für das schwindende generalisierte soziale Vertrauen das sinkende Zukunftsvertrauen (Decker et al. 2019: 9). Untersuchungen zur Bedeutung der *Big Five Persönlichkeitsfaktoren* für politisches Vertrauen zeigen, dass Persönlichkeitseigenschaften

wie *Offenheit für Erfahrungen* und *Extraversion* negativ mit politischem Vertrauen zusammenhängen, während *Verträglichkeit* mit höherem politischen Vertrauen einhergeht (Mondak/Hayes/Canache 2017: 148–153).⁵ Darüber hinaus zählen unterschiedliche Moral- und Wertvorstellungen und politisch-ideologische Grundorientierungen, die durch Variablen wie die Parteiidentifikation und die Selbstverortung auf einer Links-rechts-Skala abgefragt werden, zu den kulturalistischen Ansätzen auf individueller Ebene (Decker et al. 2019: 21; Zmerli 2020: 263).

(III) Zu den performanzbasierten Erklärungsansätzen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene gehört beispielsweise eine Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen, die laut der Sozialkapitaltheorie Putnams (1993) dabei hilft, generalisiertes soziales Vertrauen zu erlernen. Regelmäßige soziale Interaktionen mit anderen Menschen in diesen Organisationen führen dazu, dass sich Vertrauen und Normen der Reziprozität herausbilden. Die positiven Erfahrungen mit den Mitmenschen innerhalb der sozialen Organisationen werden auf die gesamte Gesellschaft übertragen. Des Weiteren zeigen Arbeiten, dass sich geringe Einkommensungleichheit, wenig Korruption, ein hohes Bruttoinlandsprodukt, spürbares Wirtschaftswachstum, eine niedrige Arbeitslosenquote, geringe Armutsrisiken und universalistische sozialstaatliche Ansprüche positiv auf das politische Vertrauen auswirken (Decker et al. 2019: 17; Zmerli 2020: 264f.). Zudem belegen vor allem Studien aus den USA, die sich mit dem Zusammenspiel von Einwanderung und sozialem sowie politischem Vertrauen beschäftigen, dass Einwanderung und eine zunehmend ethnisch diverse Gesellschaft negative Auswirkungen auf Vertrauen zeitigt. Im europäischen Kontext sind die Ergebnisse hierzu disparater (Decker et al. 2019: 18f.; Zmerli 2020: 265).

(IV) Kulturalistische Erklärungsansätze auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene haben ihre Ursprünge in der politischen Kulturforschung. Sie betonen die Stabilität gesamtgesellschaftlichen sozialen und politischen Vertrauens im Zeitverlauf, da durch die Sozialisation in der frühen Kindheit kulturelle Normen und Werte von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden. Da sich Wertvorstellungen im Laufe der Zeit ändern können, ist ein Wertewandel langfristig möglich (Carstens 2023: 302). Laut Zmerli (2020: 263) eignet sich Ronald F. Ingleharts (1977) Theorie des Wertewandels mit der Unterscheidung von materialistischen und postmaterialistischen Wertvorstellungen besonders, um den seit den 1970er Jahren in westlichen Demokratien zu beobachtenden Vertrauensrückgang zu erklären: In der Sozialisationsphase der Nachkriegsgeborenen konnten die materiellen Grundbedürfnisse nach Nahrung, Obdach und physischer Sicherheit gedeckt werden, sodass Raum für

5 Zu den theoretischen Zusammenhängen zwischen politischem Vertrauen und den anderen beiden Big Five Persönlichkeitsfaktoren – Emotionale Stabilität und Gewissenhaftigkeit – siehe Mondak/Hayes/Canache 2017: 148ff.

die Herausbildung postmaterialistischer Wertorientierungen entstand, die auf demokratische Teilhabe und Selbstbestimmung zielten. Während der Studierendenproteste Ende der 1960er Jahre traten diese zum ersten Mal zu Tage und fanden insbesondere in den neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre gesellschaftlichen und politischen Ausdruck.

Während es Belege für einen positiven Zusammenhang zwischen sozialem und politischem Vertrauen auf individueller und Aggregatebene gibt, ist die Frage nach der Kausalitätsrichtung nicht abschließend geklärt. Können vertrauenswürdige politische Institutionen erst entstehen und beibehalten werden, weil eine Gesellschaft sich durch hohes soziales Vertrauen auszeichnet? Oder liegt es an vertrauenswürdigen politischen Institutionen, dass eine Gesellschaft hohe soziale Vertrauenswerte aufweist? Die *bottom-up*-Sichtweise geht davon aus, dass es soziales Vertrauen braucht, »um politische Institutionen mit einem tragfähigen Vertrauensfundament auszustatten« (Zmerli 2020: 262). Die *top-down*-Perspektive besagt dagegen, dass vertrauenswürdige politische Institutionen die Grundlage für eine Gesellschaft bilden, in der die Menschen einander vertrauen können; soziales Vertrauen ist also eher Folge, denn Determinante von politischem Vertrauen (Carstens 2023: 303). Jüngste Erkenntnisse aus skandinavischen Panelstudien stützen die letztgenannte Ansicht; um diesen Wirkungszusammenhang empirisch zu bestätigen, bräuhete es aber auf international vergleichender Ebene weitere Panelstudien (Carstens 2023: 303; Zmerli 2020: 262).

3 Methodisches Vorgehen

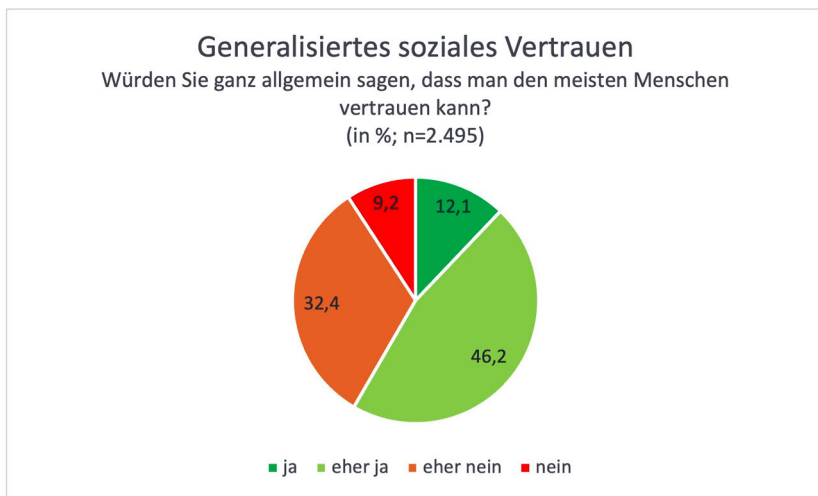
Die folgenden Befunde sind einer Befragung entnommen, die ein Bonner Forschungsteam im Sommer 2022 für die Friedrich-Ebert-Stiftung und in Zusammenarbeit mit dem Berliner Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap durchgeführt hat (Best et al. 2023). Die repräsentative Befragung umfasste 2536 per Zufallsstichprobe ausgewählte wahlberechtigte Deutsche ab 18 Jahren in Privathaushalten. Die Umfrage fand als Mixed-Mode-Befragung statt; dabei wurde eine computergestützte Telefonumfrage (CATI; 1658 Interviews) mit einer Onlineumfrage (878 Interviews) kombiniert. Für die telefonische Befragung wurden zu 60 Prozent Festnetz- und zu 40 Prozent Mobilfunknummern angerufen. Der Erhebungszeitraum lag vom 11. Juli bis 9. August 2022, also ein knappes halbes Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und etwa ein Jahr, bevor das Migrationsthema – bedingt durch die wieder ansteigenden Geflüchtetenzahlen aus dem Nahen Osten und Afrika und die gleichzeitig aufgenommenen ukrainischen Kriegsgeflüchteten – ab der zweiten Jahreshälfte 2023 auf der Agenda der von den Bürger:innen als wichtig betrachteten Probleme wieder ganz nach oben rückte (Infratest dimap 2023). Für alle hier analysierten Fragen wurde eine vierstufige

Antwortskala (ohne Mittelkategorie *teils/teils*) verwendet. Die Angaben *weiß nicht* oder *keine Angabe* wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Die Studie stellt ein *follow up* der ähnlich gelagerten Vertrauensstudie aus dem Jahr 2019 dar (Decker et al. 2019)⁶, was in Teilen einen Abgleich der Ergebnisse ermöglicht.

4 Vertrauen und Demokratiezufriedenheit

2022 stimmten mit 58 Prozent nur geringfügig weniger Befragte als 2019 (59 Prozent) der Aussage zu, man könne den meisten Menschen vertrauen. Dabei ist der Anteil von Personen mit hohem generalisiertem sozialen Vertrauen insbesondere unter den höher Gebildeten (68 Prozent) und denjenigen, die sich selbst der oberen Mittel- beziehungsweise Oberschicht zuordnen (70 Prozent), größer als in der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 1: Generalisiertes soziales Vertrauen



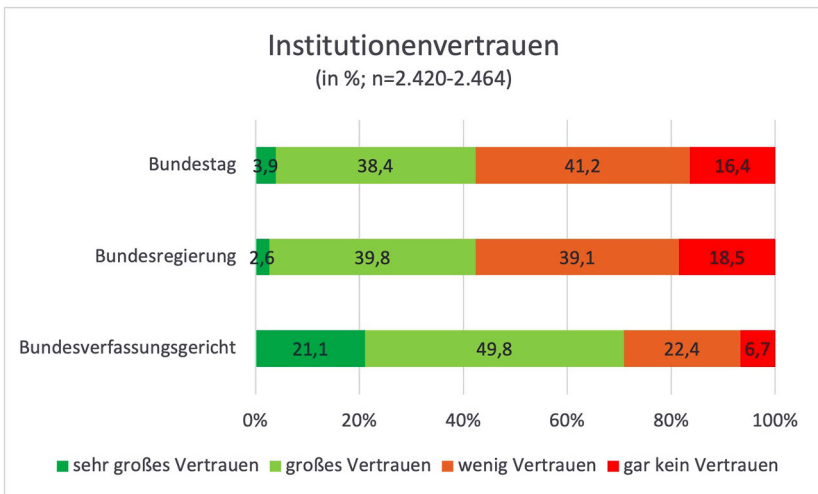
Mit Blick auf die Zusammenhänge zwischen generalisiertem sozialen Vertrauen und politischem Vertrauen bestätigt sich, dass von dem Vorhandensein eines hohen Maßes an politischem Vertrauen auf die Existenz von hohem generalisiertem sozialen Vertrauen geschlossen werden kann. So haben von den Befragten, die der Bundesregierung beziehungsweise dem Bundestag vertrauen, 75 beziehungsweise 77 Prozent auch ein hohes Maß an generalisiertem sozialen Vertrauen. Umgekehrt

6 Der Erhebungszeitraum der 2019er Studie lag vom 4.3.-2.4.2019 (Decker et al. 2019: 5).

lässt ein hohes generalisiertes soziales Vertrauen nicht automatisch auf ein gleich hohes Maß an politischem Vertrauen schließen. Nur 55 beziehungsweise 56 Prozent der Befragten mit hohem generalisiertem sozialen Vertrauen vertrauten auch der Bundesregierung beziehungsweise dem Bundestag. Ein vergleichbares Muster findet sich beim Zukunftsvertrauen: Von den Befragten, die glauben, es werde zukünftigen Generationen besser gehen, haben 76 Prozent ein hohes Maß an generalisiertem sozialen Vertrauen. Aber nur 20 Prozent der Befragten mit hohem generalisiertem sozialen Vertrauen blicken auch vertrauensvoll in die Zukunft.

Hinsichtlich des Institutionenvertrauens belegt die Studie, dass als überparteilich wahrgenommene Institutionen ein höheres Vertrauen genießen als solche, die als parteilich eingestuft werden. So gaben 2022 71 Prozent der Befragten an, (sehr) großes Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht zu haben. In die beiden Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie, den Bundestag und die Bundesregierung, setzten dagegen nur gut 42 Prozent der Befragten (sehr) großes Vertrauen. Mit Blick auf die Extrempositionen fällt auf, dass deutlich weniger Menschen sehr großes Vertrauen haben, wohingegen gar kein Vertrauen zu haben, verbreiteter ist. Im Vergleich zu 2019 ist das Nicht-Vorhandensein von Vertrauen gestiegen: von 14,6 auf 18,5 Prozent bei der Bundesregierung und von 10,6 auf 16,4 Prozent beim Bundestag. Unter denjenigen, die (sehr) großes Vertrauen bekundeten, verzeichnete allerdings nur die Bundesregierung einen Anstieg (plus zwei Prozentpunkte), wohingegen das Vertrauen in den Bundestag sogar abnahm (minus vier Prozentpunkte).

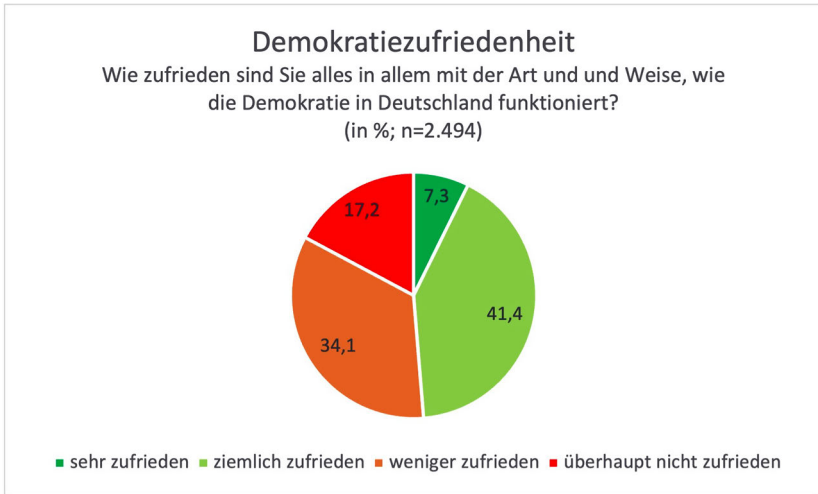
Abbildung 2: Institutionenvertrauen



Dies mag daran liegen, dass zum Zeitpunkt der Befragung im Frühjahr 2019 die Unionsparteien und die SPD sichtbar widerwillig gemeinsam regierten, nachdem sie ein gutes Jahr zuvor, nach der Bundestagswahl 2017 und dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen zur Bildung eines Jamaika-Bündnisses aus Union, Grünen und FDP, erneut eine Koalition hatten bilden müssen (Decker 2019, S. 217–221). Die Coronapandemie bescherte der Großen Koalition im April und Mai 2020 zunächst steigende Vertrauenswerte – ein Beispiel für den *rally-around-the-flag*-Effekt –, die aber im Zeitverlauf wieder sanken (Bytzek/Schnepf 2022). Im Juli und August 2022 wiederum war die im Dezember 2021 gestartete Ampelkoalition erst ein gutes halbes Jahr im Amt und verkörperte noch recht erfolgreich eine harmonische Fortschrittskoalition. Angesichts des Überfalls Russlands auf die Ukraine schlug erneut die Stunde der Exekutive. Mit der Ausrufung der Zeitenwende durch Bundeskanzler Olaf Scholz, der Verabschiedung umfangreicher Entlastungsmaßnahmen, um der Inflation entgegenzusteuern, und der Gewinnung alternativer Energiequellen, um die Abhängigkeit vom russischen Gas zu minimieren, bewies die Regierung zu diesem Zeitpunkt Tatkraft und Handlungsfähigkeit. Schon ab der zweiten Jahreshälfte waren die Umfragen jedoch für alle beteiligten Regierungsparteien rückläufig. 2023 kam es dann zu einem regelrechten Absturz, der nicht nur das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung schwinden ließ, sondern auch die Vertrauensbasis innerhalb der Koalition erschütterte (Decker 2024: 131f.).

Trotz der Coronapandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist die Demokratiezufriedenheit in Deutschland laut den Ergebnissen der Studie stabil geblieben. Im Vergleich zu 2019 hat sie sogar etwas zugelegt – um etwa zwei Prozentpunkte auf knapp 49 Prozent –, verbleibt aber auf niedrigem Niveau.

Abbildung 3: Demokratiezufriedenheit

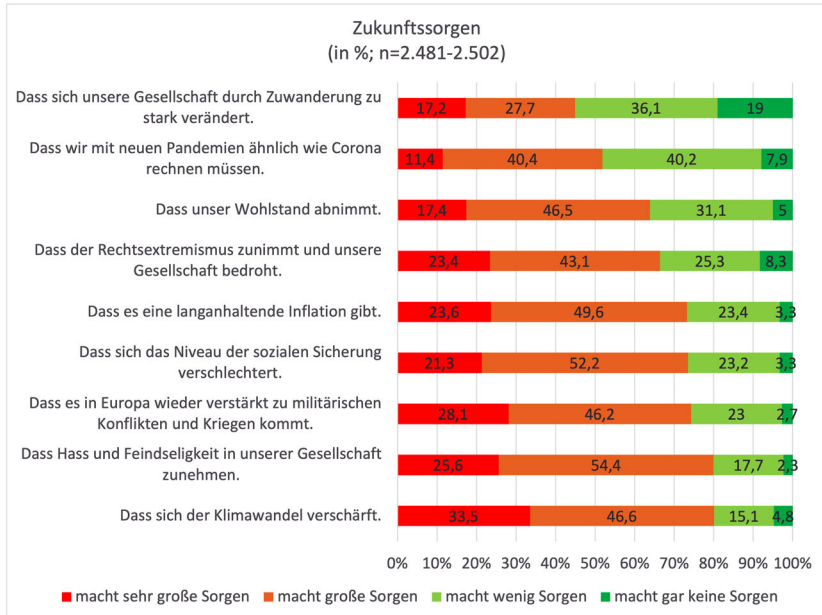


Hinter dieser vermeintlichen Stabilität verbergen sich durchaus problematische Entwicklungen. Erstens lassen sich beträchtliche Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ausmachen. Deutliche Diskrepanzen bestehen zum einen in regionaler Hinsicht: 52 Prozent der Befragten in den westdeutschen, aber nur 34 Prozent der Befragten in den ostdeutschen Ländern sind mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Im Vergleich zu 2019 hat sich der Abstand noch vergrößert, indem sich die Zufriedenheitswerte in Westdeutschland etwas verbessert, in Ostdeutschland etwas verschlechtert haben. Zum anderen bestätigt die Studie den schon 2019 erlangten Befund einer starken Abhängigkeit der Demokratiezufriedenheit von der sozioökonomischen Situation und dem Bildungsgrad der Befragten. 33 Prozent derjenigen, die sich selbst der Unter- oder Arbeiterinnenschicht zuordnen, aber 64 Prozent derjenigen, die sich selbst als der oberen Mittel- oder Oberschicht zugehörig betrachten, sind mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Bei den Befragten mit einem niedrigen Bildungshintergrund liegt der Anteil der Demokratiezufriedenen bei 37 Prozent, bei den Befragten mit einem hohen Bildungshintergrund bei 62 Prozent.

Zweitens blicken die Menschen pessimistischer in die Zukunft. Glaubten in den 1970er Jahren noch 90 Prozent, zukünftigen Generationen werde es besser gehen, waren 2019 nur noch 30 Prozent und 2022 bloß 15 Prozent der Befragten dieser Meinung. Am meisten Sorgen bereiten den Menschen der Klimawandel, die zunehmende Feindseligkeit in der Gesellschaft, die wachsende Kriegsgefahr und eine schlechter werdende sozialstaatliche Absicherung. Befragte in den ostdeutschen Ländern sorgen sich etwas stärker vor einer langanhaltenden Inflation, vor Kriegsgefahr und

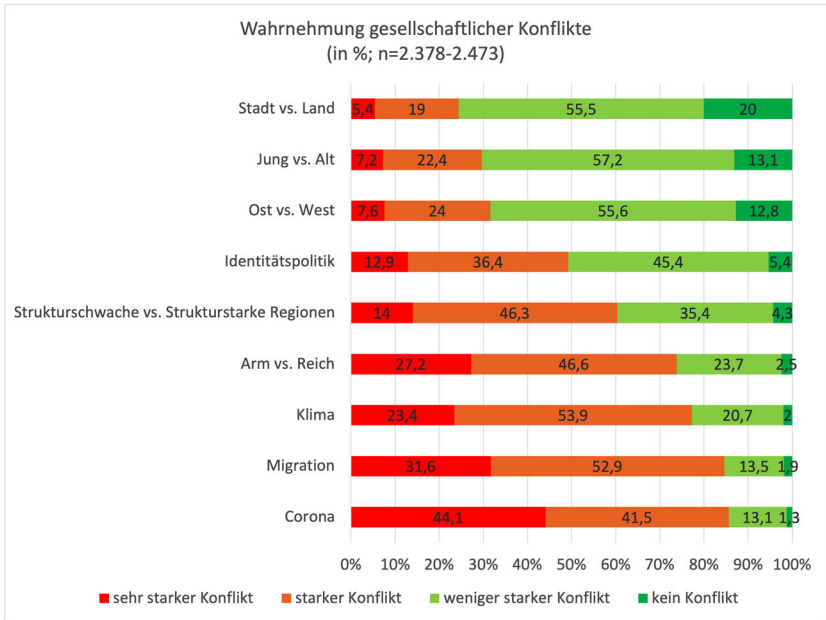
vor Wohlstandverlusten als Befragte in den westdeutschen Ländern. Am stärksten fällt in regionaler Hinsicht der Unterschied beim Thema Zuwanderung aus: Während 42 Prozent der Westdeutschen diese als sorgenbereitendes Problem betrachten, sind es bei den ostdeutschen Befragten 57 Prozent.

Abbildung 4: Zukunftssorgen



Das Thema Zuwanderung sticht auch sonst durch ein polarisiertes Antwortverhalten ins Auge, was an der fast hälftigen Verteilung der gegensätzlichen Positionen und an der fast gleich starken Ausprägung der extremen Antworten festgemacht werden kann. Seine herausgehobene Stellung zeigt sich zugleich darin, dass die Befragten es nach der Coronapolitik, die allerdings ihre Bedeutung seit dem Frühjahr/Sommer 2022 eingebüßt hat, als stärkstes Konfliktthema einstufen.

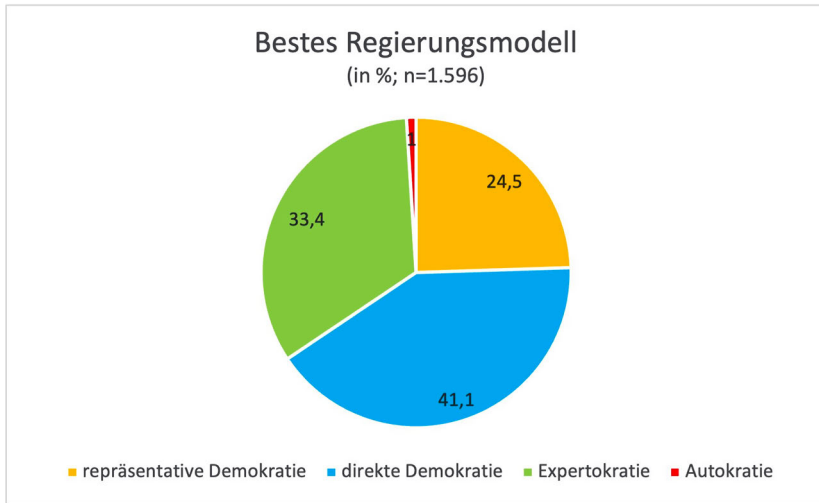
Abbildung 5: Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte



Drittens offenbart die Studie eine nachlassende Zustimmung zum bestehenden repräsentativen Demokratiemodell. Auf die Frage, wer am besten über Gesetze entscheiden solle, antworteten nur 24,5 Prozent der Befragten, dies sei Aufgabe gewählter Abgeordneter und Regierungsvertreter:innen (repräsentative Demokratie). Dass die Bürger:innen in regelmäßigen Volksentscheiden am besten über Gesetze befinden sollten (direkte Demokratie), fanden 41 Prozent der Befragten richtig, während gut 33 Prozent der Meinung waren, über Gesetze sollten am besten fachliche Expert:innen im jeweiligen Themenbereich entscheiden (Expertokratie).⁷ Bezogen auf die Parteipräferenz zeigen sich im Antwortverhalten deutliche Unterschiede. Mit 35 Prozent liegt das repräsentative Modell nur noch bei den SPD-Anhänger:innen mehrheitlich vorn; die AfD-Anhänger:innen sprechen sich zu 82 Prozent für die direkte Demokratie aus. Das sind fast vier Mal mehr als im Grünenanhang, der wiederum das expertokratische Modell mit über 40 Prozent am stärksten favorisiert.

7 Nur etwa ein Prozent der Befragten war der Ansicht, eine einzelne Führungspersönlichkeit mit umfassender Entscheidungsmacht solle über Gesetze befinden (Autokratie).

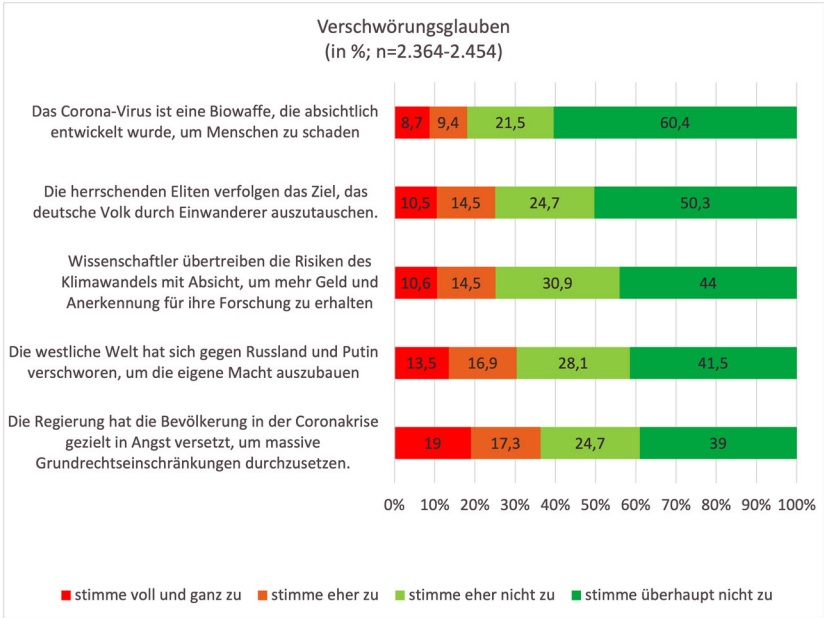
Abbildung 6: Bestes Regierungsmodell



Viertens belegt die Studie eine Radikalisierung an den Rändern und insbesondere am rechten Rand des politischen Spektrums, die an der Zustimmung zu verschiedenen Verschwörungsnarrativen ablesbar ist. Die Zustimmungswerte liegen hier zwischen 18 und 36 Prozent – eine beträchtliche Minderheit glaubt also diesen Erzählungen.

Dabei gibt es einen Zusammenhang mit der Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse (Imhoff et al. 2022): Befragte, die sich links außen platzieren, glauben häufiger an die abgefragten Verschwörungserzählungen als Befragte, die sich leicht links der Mitte positionieren. Unter Befragten, die sich selbst am rechten Rand des politischen Spektrums einordnen, ist das Verschwörungsdenken am stärksten verbreitet. Allerdings zeigen auch Befragte, die sich genau in der Mitte der Links-Rechts-Achse verorten, eine leicht höhere Tendenz zum Verschwörungsdenken als solche, die sich selbst eher links bzw. rechts der Mitte (aber nicht an den Extremen) platzieren. Zwei Drittel der Verschwörungsgläubigen, die mindestens einer der abgefragten Verschwörungserzählungen (eher) zustimmen, sind zudem mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden und 56 Prozent präferieren die direkte Demokratie als Regierungsmodell.

Abbildung 7: Verschwörungsglaube



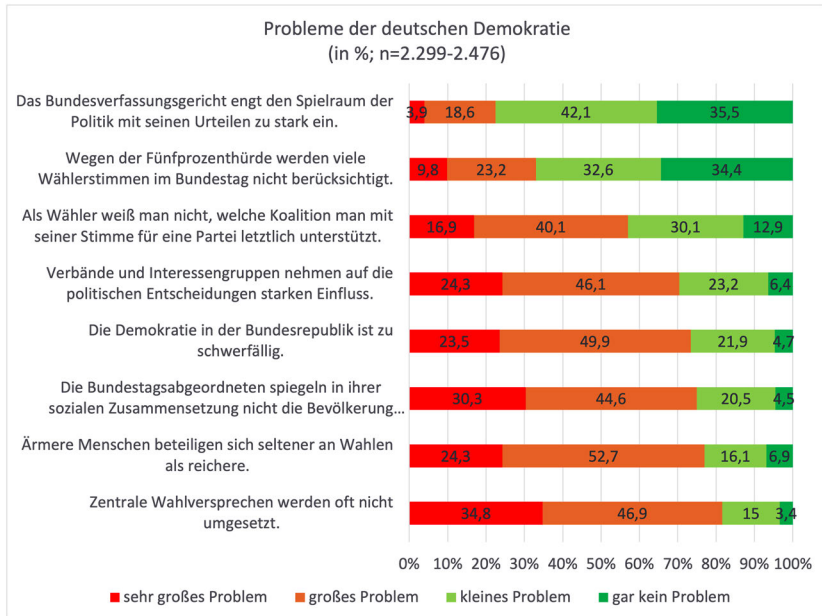
5 (Reform-)Präferenzen in der Demokratie-, Sozial- und Gesellschaftspolitik

Warum vertrauen gut 57 Prozent der Befragten Bundestag und Bundesregierung nicht? Warum sind etwas mehr als die Hälfte mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden? Und warum hält nur noch knapp ein Viertel die repräsentative Demokratie für das beste Regierungsmodell? Um den Gründen des mangelnden Vertrauens in die repräsentativen Institutionen auf der Inputseite nachzuspüren, wurden den Befragten wie 2019 Aussagen vorgelegt, die durch politikwissenschaftliche Forschung abgestützte Problemlagen abbilden. Von acht den Befragten vorgelegten Problemen werden sechs mehrheitlich von diesen auch als solche wahrgenommen. Vier der sechs wurden schon 2019 abgefragt; bei allen vier ist die Problemwahrnehmung gestiegen.⁸ Zusammen mit der Kritik am vorherrschenden repräsentativen

8 Die vier 2019 und 2022 abgefragten Problemlagen sind: »Ärmere Menschen beteiligen sich seltener an Wahlen als reichere«, »Die Bundestagsabgeordneten spiegeln in ihrer sozialen Zusammensetzung nicht die Bevölkerung wider«, »Verbände und Interessengruppen nehmen auf die politischen Entscheidungen starken Einfluss« und »Als Wähler weiß man nicht, welche Koalition man mit seiner Stimme für eine Partei letztlich unterstützt«.

System und dem Wunsch nach direktdemokratischen und expertokratischen Entscheidungsverfahren verweist dies auf eine nachlassende Responsivität, also den Rückgang der Übereinstimmung des Regierungshandelns mit den Wähler:innenpräferenzen.

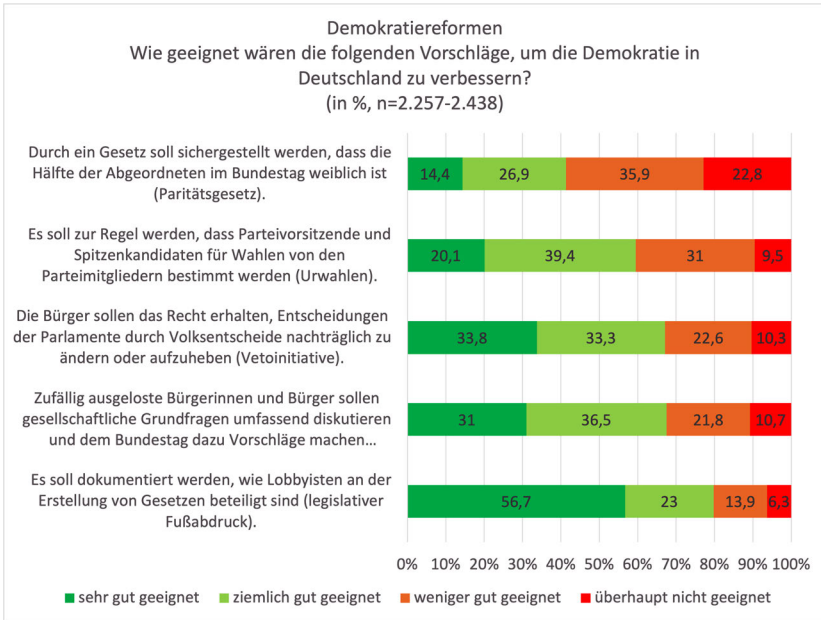
Abbildung 8: Probleme der deutschen Demokratie



Wenn die Responsivität nachlässt beziehungsweise von der Wähler:innenschaft schlecht bewertet wird, stellt sich die Frage, wie sich deren Repräsentation und Teilhabe auf der Inputseite verbessern lassen. Daher wurden den Umfrageteilnehmer:innen demokratiepolitische Reformvorschläge vorgelegt und sie wurden gefragt, ob sie diese für geeignet hielten, die Meinungen und Interessen der Bürger:innen wirksam in den politischen Prozess einzubringen. Vier der fünf Vorschläge fanden eine Mehrheit. Einzig das Paritätsgesetz, das der Unterrepräsentation von Frauen im Bundestag entgegenwirken würde, fiel durch – interessanterweise auch bei den weiblichen Umfrageteilnehmerinnen⁹.

9 Immerhin hielten 47 Prozent der weiblichen Befragten diesen Vorschlag für sehr gut oder ziemlich gut geeignet, während es bei den Männern nur 35 Prozent waren.

Abbildung 9: Demokratiereformen

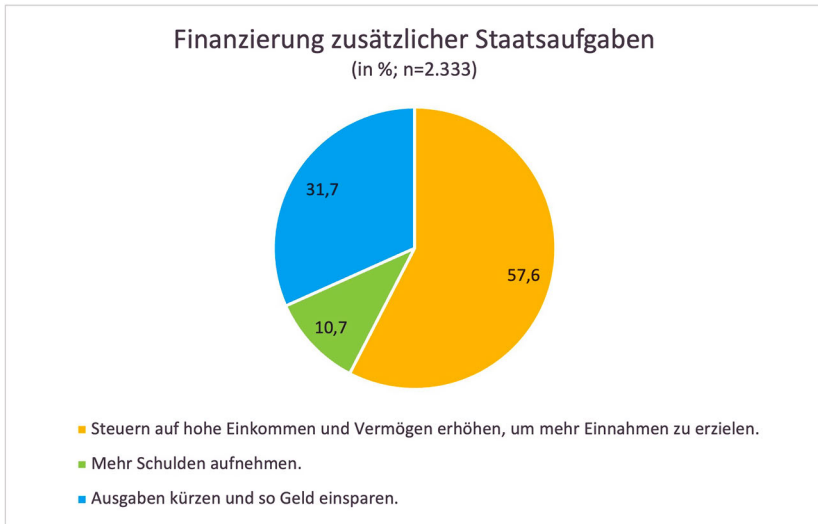


Ob die vorgeschlagenen Lösungen tatsächlich gangbar sind oder geeignet wären, die Responsivität zu verbessern, ist nicht ausgemacht. So stellt sich bei den direktdemokratischen Verfahren wie der Vetoinitiative, die *von unten*, also den Bürger:innen selbst, ausgelöst werden können, das Problem, dass sie mit der auf dem Gegenüber von Regierung und Opposition basierenden Funktionsweise des parlamentarischen Systems kollidieren (Decker 2016: 155f.). Befürworter:innen geloster Bürger:innenräte erhoffen sich, über einen deliberativen Aushandlungsprozess Interessenlagen und Positionen von Bürger:innen als zusätzlichen Input in den politischen Entscheidungsprozess einzuspeisen und gleichzeitig einen Raum für gesellschaftliche Debatten zu schaffen (Geißel/Jung 2019). Dies lässt sich aber nur verwirklichen, wenn die Teilnehmer:innen an Bürger:innenräten tatsächlich allen Gesellschaftsschichten entstammen und unterrepräsentierte Gruppen einbezogen werden (Merkel/Milačić/Schäfer 2021).

Blendet man von der Input- zur Outputseite über, wollten wir von den Befragten wissen, was der Staat angesichts des Dilemmas, dass für die großen Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Bildung, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit hohe Investitionen notwendig sind, gleichzeitig aber die Folgen der Coronapandemie und des Ukrainekrieges immense zusätzliche Kosten verursachen, am besten tun solle. Eine Mehrheit von 57 Prozent meinte, die Politik solle die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen erhöhen, um mehr Einnahmen zu erzielen. Immerhin 32 Pro-

zent der Interviewten waren der Ansicht, es müssten Ausgaben gekürzt und so Geld eingespart werden. Nur eine kleine Minderheit von elf Prozent vertrat dagegen die Position, die Politik solle noch mehr Schulden aufnehmen.

Abbildung 10: Finanzierung zusätzlicher Staatsaufgaben



Je nach Parteipräferenz offenbarten sich dabei große Unterschiede: Die Erhöhung von Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen befürworteten zwischen 70 und 76 Prozent der Befragten, die nach eigenen Angaben bei der Bundestagswahl 2021 die Grünen, die Linke oder die SPD gewählt haben. Wie zu erwarten, stimmen Wähler:innen dieser Parteien auch eher für die Aufnahme neuer Schulden (zwischen 12 und 14 Prozent) und deutlich seltener für Ausgabenkürzungen (zwischen 12 und 18 Prozent). Immer noch mehrheitlich unterstützen die Wähler:innen der Unionsparteien und der Freien Wähler:innen Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen (55 und 52 Prozent), präferieren allerdings eher Ausgabenkürzungen (35 und 41 Prozent) als neue Schulden (10 und 7 Prozent). Unter den AfD-Wähler:innen befürworten 50 Prozent Ausgabenkürzungen, 45 Prozent sind dafür, Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen zu erhöhen und nur fünf Prozent meinen, die Politik solle mehr Schulden aufnehmen. Bemerkenswert ist das Antwortverhalten derjenigen, die angaben, bei der Bundestagswahl 2021 die FDP gewählt zu haben: Diese bejahen erwartungsgemäß mehrheitlich Ausgabenkürzungen (54 Prozent), weniger als ein Drittel (30 Prozent) befürwortet Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und Vermögen. 16 Prozent der FDP-Wähler:innen sind allerdings der Ansicht, der Staat solle mehr Schulden aufnehmen, was ein höherer Wert ist als bei den

Wähler:innen der linken Parteien und dem von der FDP hochgehaltenen Mantra der Schuldenbegrenzung widerspricht.

Mit Blick auf die abgefragten Einstellungen zur Klimaschutzpolitik und zu wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen zeigt sich einerseits, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten die sozialverträgliche Ausgestaltung der Klimaschutzmaßnahmen anmahnt und beispielsweise die staatliche Regulierung der übermäßig gestiegenen Grund- und Bodenpreise befürwortet. Andererseits sehen die Befragten auch die Privatwirtschaft in der Pflicht – sowohl beim Klimaschutz als auch beim Ausgleich corona- und/oder kriegsbedingter Ungleichheiten durch eine Sonderabgabe.

Abbildung 11: Ansichten zum Klimaschutz

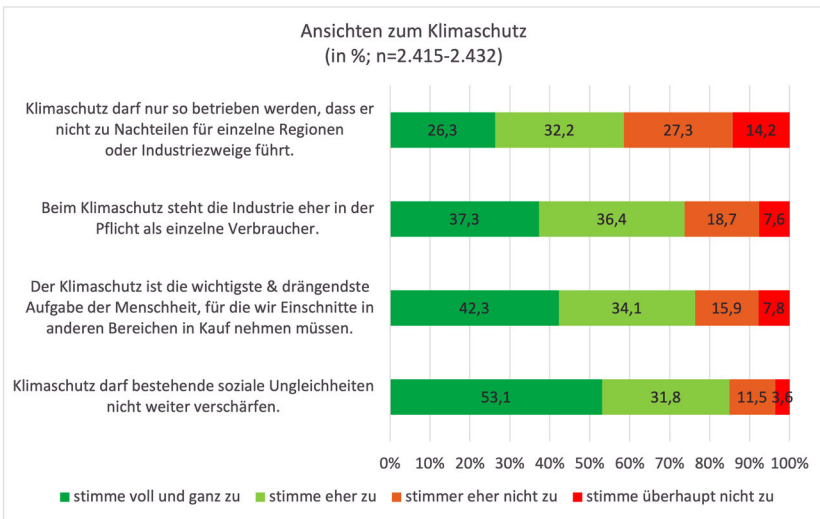
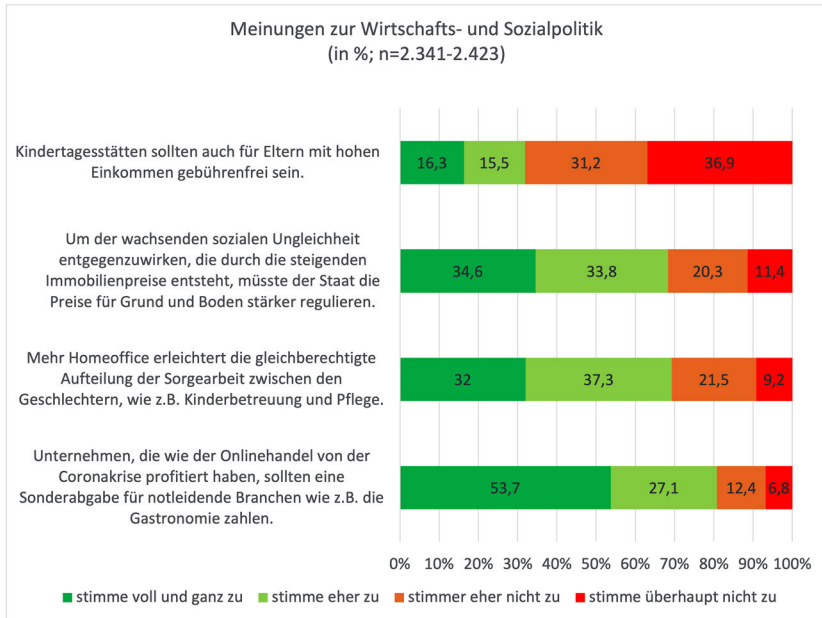
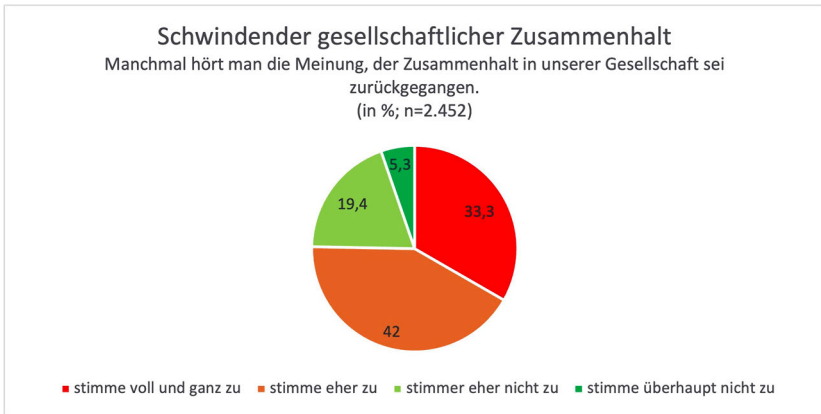


Abbildung 12: Meinungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik



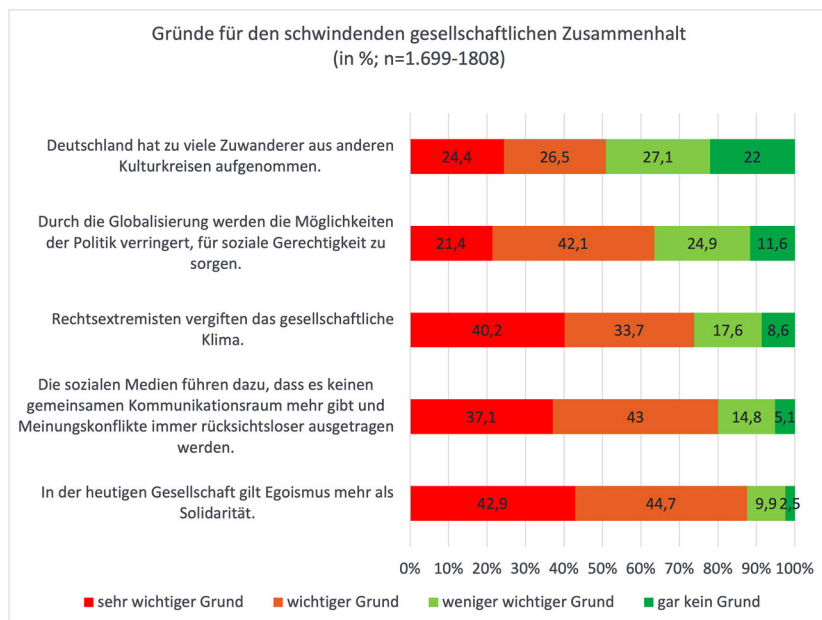
Neben sozioökonomischen Faktoren gelten kulturelle Entwicklungen wie die Singularisierung und die zunehmende gesellschaftliche Diversität als Ursachen für die Repräsentations- und Vertrauenskrise. Tatsächlich sind – wie 2019 – gut 75 Prozent der Befragten der Meinung, der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sei zurückgegangen. Dabei wird der schwindende Zusammenhalt in der Gesellschaft von rechtsstehenden Wähler:innen stärker bejaht als von linksstehenden. Und wer wenig soziales und Zukunftsvertrauen hat, mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden ist und einem anderen als dem repräsentativen Demokratiemodell anhängt, bejaht den schwindenden Zusammenhalt häufiger als die übrigen Befragten.

Abbildung 13: Schwindender gesellschaftlicher Zusammenhalt



Nach den Gründen für den schwindenden Zusammenhalt gefragt, stimmten wie 2019 die meisten Befragten der Meinung zu, in der heutigen Gesellschaft gelte Egoismus mehr als Solidarität. Aber auch die negativen Auswirkungen der sozialen Medien auf gemeinsame Kommunikationsräume und die Streitkultur, der Rechtsextremismus und die Globalisierung werden mehrheitlich als (sehr) wichtige Gründe benannt. Das ebenfalls schon 2019 abgefragte Item, Deutschland habe zu viele Zuwanderer und Zuwanderinnen aus anderen Kulturkreisen aufgenommen, sticht – noch deutlicher als bei den Zukunftssorgen – durch ein polarisiertes Antwortverhalten hervor, das an der hälftigen Meinungsverteilung und der starken Befürwortung der extremen Positionen ablesbar ist.

Abbildung 14: Gründe für den schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt



Insgesamt wäre es aber falsch, von einer Spaltung oder übermäßigen Polarisierung der deutschen Gesellschaft zu sprechen, da die meisten Konflikte in der Regel nicht durch die Mitte der Gesellschaft laufen und die Befragten überwiegend zu den gemäßigeren Antwortvorgaben (eher oder eher nicht) tendieren als zu den extremen (Lux/Mau/Jacobi 2022).

6 Schlussbetrachtung und Handlungsempfehlungen

Das Verhältnis von Demokratie und Vertrauen ist durchaus zweischneidig. Dass die Demokratie als Staatsform dem Wesen nach auf Misstrauen beruht, ist in ihrem Sprachgebrauch fest eingewoben, soll sie doch durch Gewaltenteilung, die Möglichkeit der Abwahl und das Prinzip der verantwortlichen Regierung den Machtmissbrauch durch politische Eliten verhindern (Warren 2018). Unzufriedenheit sowie wachsendes Misstrauen der Wähler:innen gegenüber den Regierenden und den demokratischen Institutionen sind nicht mit undemokratischen Einstellungen oder einer systemfeindlichen Haltung gleichzusetzen. Die Befunde der hier vorgestellten Studie weisen allerdings einige Tendenzen und Entwicklungen auf, die für die Stabilität der Demokratie prekär und potentiell bedrohlich sind. Dazu zählen vor allem die großen Diskrepanzen zwischen verschiedenen gesellschaft-

lichen Gruppen – es sind insbesondere die benachteiligten, schlechter situierten Bevölkerungsgruppen, die sich von der bestehenden repräsentativen Demokratieform abwenden –, der weit verbreitete Zukunftspessimismus, die nachlassende beziehungsweise von der Wähler:innenschaft schlechter bewertete Responsivität und die Radikalisierung vor allem am rechten Rand des politischen Spektrums.

Welche Empfehlungen lassen sich aus den Befunden ableiten? Hier ist zunächst das schon in der ersten Studie festgestellte Übergewicht der outputbezogenen Ursachen der Demokratieunzufriedenheit in Erinnerung zu rufen. Dies zieht die Unzufriedenheit mit den Institutionen auf der Inputseite nach sich. Dennoch behält die Inputseite eine eigenständige Bedeutung. Indem sie die Interessenrepräsentation institutionell und prozedural strukturiert, nimmt sie auf den Output Einfluss und prägt diesen mit. Hinsichtlich der Frage, wie sich Repräsentation und Teilhabe auf der Inputseite verbessern lassen, ist mit Blick auf direktdemokratische Verfahren zwar von der von unten ausgelösten Vetoinitiative abzuraten, kollidiert sie doch mit der Logik des parlamentarischen Systems (Decker 2016). Wenig spricht aber gegen eine verstärkte Nutzung geloster Bürger:innenräte, die dort zum Tragen kommen könnten, wo zukunftsbezogene Interessen auf dem Spiel stehen oder die Parteien in institutionellen Eigeninteressen befangen sind (Buchstein 2013). Ein zumindest partieller Machtverzicht würde sich hier für die politischen Akteure durch Legitimitätsgewinn bezahlt machen.

Beim Thema spiegelbildliche beziehungsweise deskriptive Repräsentation der Bürger:innen sind in erster Linie die Parteien gefragt. Sie müssen eine angemessene Vertretung der soziodemografischen Gruppen in ihren eigenen Organisationen und bei der Kandidat:innenaufstellung durch formelle oder informelle Quotierungen sicherstellen. Am schwierigsten ist dies angesichts der weit fortgeschrittenen Akademisierung der Parteimitglieder und -funktionär:innen dort, wo sie zugleich am dringlichsten wäre, nämlich bei der Repräsentation der bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten. Hier gilt es, primär bei der Wähler:innenansprache anzusetzen, und zwar nicht nur in Wahlkampfzeiten.

Neben einer kontinuierlichen Wähler:innenansprache bedarf es zudem einer verstärkten Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Dabei sind zum einen die klassischen Bildungsinstitutionen gefragt, zum anderen die Medien. Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit, der mit dem Internet und den sozialen Netzwerken einhergeht, droht konstitutive Prinzipien der demokratischen Meinungs- und Willensbildung wie Kompromiss- und Mäßigungsbereitschaft zu unterminieren (Habermas 2022). Die größte Gefahr geht dabei von der absichtlichen Verbreitung von Falschnachrichten aus, der zum einen durch staatliche Regulierungsmaßnahmen, zum anderen durch gesellschaftliche Gegenaufklärung begegnet werden muss (Nocun/Lamberty 2020).

Auf der Outputseite hat die Studie die schon 2019 ausgesprochene Warnung bekräftigt, das Auseinanderdriften der Gesellschaft in sozialökonomischer und -kul-

tureller Hinsicht nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, bleibt das Gebot der Stunde. Die Befragungsergebnisse zeigen, dass entsprechende Maßnahmen nicht nur von denjenigen unterstützt werden, die davon selbst am meisten profitieren würden, sondern bis weit in das *bürgerliche* Lager der Gesellschaft hinein. Sie umfassen unter anderem eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, die sozialverträgliche Ausgestaltung der Klimaschutzmaßnahmen und die Regulierung der übermäßig gestiegenen Grund- und Bodenpreise.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist auch ein kulturelles Thema. Die Angehörigen unterschiedlicher Milieus und Lebenswelten müssen sich füreinander interessieren, ihre eigenen Erfahrungen mit anderen teilen können. Der am besten dafür geeignete Ort ist die Kommune. Denn hier spielt sich der Lebensalltag der meisten Bürger:innen ab, hier finden Daseinsvorsorge und Bildung, häufig auch kulturelle oder sportliche Aktivitäten statt. Eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und städtebauliche und wohnungspolitische Konzepte, die die städtischen Segregationsprozesse adressieren, könnten dazu beitragen, Menschen unterschiedlicher sozialer Milieus wieder miteinander in Kontakt zu bringen. Damit die Menschen die Kommune als ihre Heimat betrachten, müssen sie an deren Entwicklung und Gestaltung mitwirken können. Hier schließt sich der Kreis von der Output- zur Inputseite. Das Zusammenführen von Politik, organisierten Interessen und Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene schlägt zugleich die Brücke zur Staatlichkeit auf nationaler beziehungsweise supranationaler Ebene.

Der Politik muss es gelingen, den Bürger:innen eine überzeugende Erzählung von der künftigen Entwicklung der Gesellschaft zu vermitteln, die vorhandene Ängste abbaut und den beschriebenen Fragmentierungstendenzen entgegentritt. So abgenutzt die Formel von der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts klingen mag, beschreibt sie doch treffend, worauf es ankommt, nämlich einerseits die Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit, die dem abgestiegenen beziehungsweise sich vor Abstieg fürchtenden Teilen der Gesellschaft auch in materieller Hinsicht Respekt zollt, und andererseits das Erzeugen von mehr Gemeinschaftlichkeit und im besten Falle eines Wir-Gefühls in der Gesellschaft. Nur so lässt sich Vertrauen zurückgewinnen. Beides erfordert einen im Verhältnis zur Gesellschaft aktiveren, regulatorisch eingreifenden Staat.

Literaturverzeichnis

Best, Volker/Decker, Franz/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2023): *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?*, Bonn/Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Buchstein, Hubertus (2013): »Lostrommel und Wahlurne – Losverfahren in der parlamentarischen Demokratie«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 44(2), S. 384–406.
- Bytzek, Evelyn/Schnepf, Julia (2022): »Politisches Vertrauen während der Corona-Pandemie«, in: *Sozialer Fortschritt* 71(9), S. 637–657.
- Canache, Damarys/Mondak, Jeffery J./Seligson, Mitchell A. (2001): »Meaning and Measurement in Cross-national Research on Satisfaction with Democracy«, in: *Public Opinion Quarterly* 65(4), S. 506–528.
- Carstens, Jens (2023): »Unpacking political trust: a review of conceptualisations, determinants, and consequences«, in: *French Politics* 21(3), S. 295–314.
- Decker, Frank (2016): *Der Irrweg der Volksgesetzgebung. Eine Streitschrift*, Bonn: Dietz.
- Decker, Frank (2019): »Über Jamaika zur Fortsetzung der Großen Koalition. Die Entwicklung des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017«, in: Karl-Rudolf Korte/Jan Schoofs (Hg.), *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 201–224.
- Decker, Frank (2024): »Der Wandel des deutschen Parteiensystems und seine Auswirkungen auf die parlamentarische Regierungsform«, in: *Recht und Politik* 60(2), S. 127–144.
- Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2019): *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?*, Berlin/Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Delhey, Jan/Newton, Kenneth (2005): »Predicting Cross-National Levels of Social Trust: Global Pattern or Nordic Exceptionalism?«, in: *European Sociological Review* 21(4), S. 311–327.
- Delhey, Jan/Newton, Kenneth/Welzel, Christian (2011): »How General Is Trust in ›Most People‹? Solving the Radius-of-Trust Problem«, in: *American Sociological Review* 76(5), S. 786–807.
- Easton, David (1975): »A Re-Assessment of the Concept of Political Support«, in: *British Journal of Political Science* 5(4), S. 435–457.
- Geißel, Brigitte/Jung, Stefan (2019): *Mehr Mitsprache wagen. Ein Beteiligungsrat für die Bundesrepublik*, Berlin/Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Habermas, Jürgen (2022): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hardin, Russel (1993): »The Street-Level Epistemology of Trust«, in: *Politics & Society* 21(4), S. 505–529.
- Imhoff, Roland et al. (2022): »Conspiracy mentality and political orientation across 26 countries«, in: *Nature Human Behaviour* 6, S. 392–403.

- Infratest dimap (2023): »ARD-DeutschlandTREND Oktober 2023. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD«, verfügbar über: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/oktober/>.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton: Princeton University Press.
- Kizilova, Kseniya/Norris, Pippa (2024): »Rally around the flag« effects in the Russian-Ukrainian war«, in: *European Political Science* 23(2), S. 234–250.
- Linde, Jonas/Ekman, Joakim (2003): »Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics«, in: *European Journal of Political Research* 42(3), S. 391–408.
- Luhmann, Niklas (1968): *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, München: UVK/Lucius.
- Lux, Thomas/Mau, Steffen/Jacobi, Aljoscha (2022): »Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32(2), S. 173–212.
- Merkel, Wolfgang/Milačić, Filip/Schäfer, Andreas (2021): *Bürgerräte. Neue Wege zur Demokratisierung der Demokratie*, Berlin/Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Mondak, Jeffery J./Hayes, Matthew/Canache, Damarys (2017): »Biological and psychological influences on political trust«, in: Sonja Zmerli/Tom W. G. van der Meer (Hg.), *Handbook on Political Trust*, Amsterdam: Edward Elgar Publishing, S. 143–159.
- Newton, Ken/Zmerli, Sonja (2011): »Three forms of trust and their association«, in: *European Political Science Review* 3(2), S. 169–200.
- Nocun, Katharina/Lamberty, Pia (2020): *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*, Köln: Quadriga.
- Norris, Pippa (2017): »The conceptual framework of political support«, in: Sonja Zmerli/Tom W. G. van der Meer (Hg.), *Handbook on Political Trust*, Amsterdam: Edward Elgar Publishing, S. 19–30.
- Putnam, Robert D. (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton: Princeton University Press.
- Raphael, Lutz (2019): *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2018): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schnaudt, Christian (2013): »Politisches Vertrauen«, in: Jan W. van Deth/Markus Tausendpfund (Hg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 297–328.

- Warren, Mark E. (2018): »Trust and Democracy«, in: Eric M. Uslaner (Hg.), *The Oxford Handbook of Social and Political Trust*, Oxford: Oxford University Press, S. 75–94.
- Zmerli, Sonja (2013): »Soziales Vertrauen.«, in: Jan W. van Deth/Markus Tausendpfund (Hg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 133–155.
- Zmerli, Sonja (2020): »Politisches Vertrauen«, in: Thorsten Faas/Oscar W. Gabriel/Jürgen Maier (Hg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden-Baden: Nomos, S. 248–272.